

II- 5805 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 2991/J

1988 -11- 21

A N F R A G E

des Abgeordneten Srb und Freunde
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend die Entschließung des Nationalrates vom 27. September 1988 bezüglich der Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Vorschlägen für die Vorsorge für pflegebedürftige Personen

Am 27. April 1987 wurde eine von mehr als 60.000 Österreichern unterschriebene Petition eingebracht, welche die Gleichstellung der sogenannten Zivilinvaliden vor allem mit den Kriegsopfern zum Inhalt hat und wo unter anderem auch eine Gleichstellung im Bereich der Hilfe und Pflege für schwerbehinderte Menschen gefordert wurde.

Die Behandlung dieser Petition wurde von den Koalitionsparteien so lange hinausgezögert, daß diese gemäß der Bestimmungen des § 100 GOG zu verfallen drohte und daher neuerlich am 19. Jänner 1988 von dem Abgeordneten Srb überreicht wurde.

Gleichfalls zu diesem Thema wurde am 14.5.1987 ein Antrag des Abgeordneten Srb eingebracht, der die Einrichtung einer Arbeitsgruppe zum Thema Bundespflegegesetz und Überprüfung der kompetenzrechtlichen Situation im Behindertenbereich fordert.

Sowohl die Behandlung der Petition sowie dieses und eines weiteren mit diesem Thema zusammenhängenden Antrages der "Grünen" wurden in der Folge trotz mehrmaliger Urgenzen der "Grünen" von den Vertretern der Koalitionsparteien im Unterausschuß weiterhin verschleppt, sodaß sich zu Sommerbeginn ein neuerliches Auslaufen der für die Behandlung einer Petition vorgesehenen Frist drohte.

Erst die mittlerweile in der Öffentlichkeit entstandene Diskussion bewog die Behindertensprecher der Regierungsparteien eine Entschließung vorzulegen, welche die von den Grünen geforderte Arbeitsgruppe zum Inhalt hatte. Eine bereits ohnehin mit Verspätung für den 4. November einberufene konstituierende erste Sitzung wurde im letzten Augenblick von Ihrem Ministerium mit einer fadenscheinigen Begründung abgesagt. Viele Teilnehmer dieser Arbeitsgruppe aus allen Teilen des Landes, aber insbesondere auch einige schwerstbehinderte Menschen konnten telefonisch nicht mehr erreicht werden, da sie ihre beschwerliche Reise nach Wien bereits angetreten hatten und mußten unverrichteterweise und

voller Wut und Enttäuschung wieder die Heimreise antreten. Eine derartige Vorgangsweise traut sich diese Regierung wohl nur mehr bei der Gruppe der behinderten Menschen anzuwenden und sie zeigt auch ganz deutlich, welchen Stellenwert die Behindertenpolitik in dieser Koalitionsregierung hat.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher folgende

A N F R A G E

1. Was waren die genauen Gründe für die Absage der für den 4. November einberufene Sitzung?
2. Stimmt das Gerücht, daß vor dem Sitzungstermin erst der Koalitionsausschuß sich mit diesem Thema hätte befassen müssen?
3. Wenn ja, wieviele Sitzungen des Koalitionsausschusses lagen zwischen der Fixierung des Sitzungstermines und dem Termin selbst?
4. Welche Personen/Gremien/Ministerien sind für die Terminplanung des Koalitionsausschusses verantwortlich (bitte um Angabe von konkreten Personen)?
5. Warum wurden keine Gespräche bereits anlässlich der Klubklausuren der beiden Koalitionsparteien geführt?
6. Wann hat das, in dieser Causa federführende Bundesministerium für Arbeit und Soziales, zum erstenmal den für den Koalitionsausschuß Verantwortlichen die Notwendigkeit eines Gespräches sowie das Datum der vom Ministerium selbst vorgeschlagenen ersten Sitzung bekanntgegeben?
7. Wurden Sie über die Entwicklung im Koalitionsausschuß auf dem laufenden gehalten?

Wenn ja, warum haben Sie dann die Sitzung erst im allerletzten Augenblick absagen lassen?

Wenn nein, was waren die Ursachen dafür, daß Sie nicht auf dem laufenden gehalten wurden?

8. Wann genau war Ihrem Ministerium die Undurchführbarkeit dieser 1. Sitzung bewußt (bitte mit genauer Angabe des Datums sowie der Uhrzeit)?
9. Was haben Sie in der Zwischenzeit unternommen, damit diese "Kommunikationsfehler" in Zukunft nicht mehr passieren?
10. Können Sie sich dafür verbürgen, daß in Zukunft derartige Vorfälle nicht mehr passieren werden?
11. Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die in dieser Arbeitsgruppe anstehenden Fragen rasch und ohne unnötige Verzögerungen behandelt werden können?
12. Werden Sie dafür Sorge tragen, daß die den behinderten Teilnehmern entstandenen Unkosten ersetzt werden?